

Abstimmung

Stadt schafft Fonds zur Entwicklung von Wohnraum

SCHAFFHAUSEN Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Schaffhausen haben der Verordnung über den Fonds für die Wohnraumentwicklung der Stadt klar mit 59,6 Prozent zugestimmt: 6957 Personen stimmten Ja, 4711 legten ein Nein ein.

Damit wird in der Stadt ein von der Stadtrechnung gesondert geführter Fonds geschaffen, in den künftige Einnahmen aus Landverkäufen oder Baurechtsvergaben fliessen sollen. Das im Fonds angesammelte Geld soll wiederum zweckbestimmt für Investitionen in die Infrastruktur und für Aufwertungsmassnahmen zugunsten der Wohnraumentwicklung eingesetzt werden. Damit sollen alle Anstrengungen der Stadt im Bereich der Wohnraumentwicklung transparent an einem Ort zusammenlaufen. Der Stadtrat möchte hochwertigen Wohnraum schaffen und dafür unter anderem städtische Parzellen zur Überbauung freigeben. Als einzige Partei hatte die AL die Nein-Parole gewählt.

Konkret heisst das nun, dass die Erträge der im letzten September beschlossenen Baurechtsvergaben von zwei Parzellen im Schönbühl in den Fonds fliessen werden. Weiter wird der Ertrag aus der ebenfalls bewilligten Veräusserung der Parzelle «Im Trensch» in Herblingen in den Fonds eingebracht. In Herblingen will die Stadt 3109 Quadratmeter Land mit einem geschätzten Wert von 1,09 Millionen Franken verkaufen.

Ebenfalls würde der Erlös aus dem Verkauf eines Areals im Hohberg dem Fonds gutgeschrieben. Dort sollen 10275 Quadratmeter Land zu einem Basispreis von 2,33 Millionen Franken verkauft werden. Weil die Alternative Liste hier jedoch das Referendum ergriffen hat, findet darüber am 9. Juni 2013 eine Volksabstimmung statt.

Allgemein gilt also, dass mit der Schaffung des Fonds noch keine konkreten Entscheidungen vorweggenommen werden. Trotzdem zeigte sich der Stadtrat gestern erleichtert über die Annahme, da das verdichtete Bauen in den Schaffhauser Wohnquartieren in der praktischen Umsetzung nicht unumstritten ist. Baureferent Raphaël Rohner sieht in der Zustimmung zum Fonds daher einen wichtigen Schritt in der Umsetzung der städtischen Wohnraumstrategie. «Wir sind uns bewusst, dass Bedenken da sind», sagte er. Der Stadtrat müsse bei den anstehenden Projekten zur Wohnraumentwicklung deshalb jeweils sorgfältig begründen, warum die Veränderungen notwendig seien und welche Absichten damit verfolgt würden. (dj.)

Polizeimeldungen

Renitente Frau festgenommen

NEUHAUSEN AM RHEINFALL Eine Frau, die verdächtigt wird, in eine fremde Wohnung eingedrungen zu sein und dort randaliert zu haben, wurde am Freitag in Neuhausen am Rheinflall von der Polizei festgenommen. Am Freitagmorgen um 11.30 Uhr wurde der Schaffhauser Polizei gemeldet, dass aus einer leer stehenden Wohnung an der Zentralstrasse heftiger Lärm zu vernehmen sei. Eine Polizeipatrouille stellte fest, dass die Wohnung abgeschlossen war, sich jedoch jemand darin aufhielt. Mit einem Ersatzschlüssel öffneten die Polizisten die Wohnungstür. In der Küche fanden sie eine Frau vor, die sich gegenüber den Polizisten äusserst aggressiv und unkooperativ verhielt, sodass sie Pfefferspray einsetzen mussten, um sie festzunehmen. Die Frau wird sich wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung vor der Staatsanwaltschaft des Kantons verantworten müssen. Wie sie in die leer stehende Wohnung gelangt war, wird noch abgeklärt. (r.)

Kein tieferer Steuerfuss

Zwei Drittel der Stimmenden haben die «Steuern runter»-Initiative der Jungfreisinnigen abgelehnt. Weitere Steuersenkungspläne sind damit aber nicht vom Tisch.

VON ZENO GEISSELER

Der Kanton Schaffhausen wird seinen Steuerfuss nicht senken. Das Stimmvolk hat der «Steuern runter»-Initiative der Jungfreisinnigen eine klare Abfuhr erteilt. 67,7 Prozent der Stimmenden sprachen sich gegen die Vorlage aus, nur 32,3 Prozent waren dafür. Die Initiative wollte erreichen, dass der kantonale Steuerfuss innert fünf Jahren um zehn Prozentpunkte sinkt, dies hätte bis 2017 Mindereinnahmen von jährlich rund 27 Millionen Franken zur Folge gehabt. Keine einzige der 26 Schaffhauser Gemeinden wollte der Vorlage zustimmen. Am meisten Ja-Stimmen holte die Initiative in Neuhausen, wo 40,69 Prozent dafür waren. Am deutlichsten abgelehnt wurde das Begehren in Beggingen, dort sagten über 80 Prozent der Stimmenden Nein.

Dass es für die Initianten schwierig sein würde, eine Mehrheit zu holen, hatte sich im Vorfeld abgezeichnet gehabt. Der Kantonsrat hatte das Begehren mit 43 zu 4 Stimmen zur Ablehnung empfohlen, und ausser den Jungfreisinnigen hatten nur die FDP und die EDU die Ja-Parole beschlossen.

«Ein Ja wäre ein GAU gewesen»

«Ich bin sehr froh, dass das Resultat so deutlich ausgefallen ist», sagte Regierungspräsidentin und Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel (SVP). «Die Regierung hat klar gesagt, dass die Initiative zu viel wollte und zum falschen Zeitpunkt kam. Ein Ja wäre ein GAU gewesen.» Denn die kommenden Jahre seien auch so schon sehr anspruchsvoll, bemerkte Widmer Gysel mit Blick auf die roten Zahlen in der Kantonsrechnung und das Entlastungsprogramm ESH3. Bis 2016 soll der Kanton wieder einen ausgeglichenen Haushalt erreichen.

Christian Mundt, Co-Präsident der Jungfreisinnigen Schaffhausen, welche die Initiative lanciert hatten, war über das Resultat nicht erfreut: «Ich bin enttäuscht, aber es war keine Überraschung. Immer mehr Leute sind vom Staat abhängig. Diese haben natürlich kein Interesse, die Staatsausgaben zu bremsen.» Die Regierung habe gute Arbeit mit einer Angstkampagne geleistet, zudem sei nicht nur die Linke geschlossen gegen die Initiative gewesen,



Gewinnerin und Verlierer: Regierungspräsidentin und Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel und der Jungfreisinnige Kantonsrat Florian Hotz. Bild Bruno Bühler

sondern auch die SVP, die stärkste politische Kraft des Kantons. «Die SVP hat tiefere Steuern sogar in ihrem Parteiprogramm», sagte Mundt. «Aber hier haben sie sich hinter ihre Regierungsrätin gestellt.» Unter diesen Aspekten, und auch angesichts dessen, dass die Jungfreisinnigen eine kleine Partei seien, sei ein Ja-Stimmen-Anteil von über 30 Prozent durchaus respektabel. «Damit müssen wir uns nicht verstecken», sagte Mundt. «Wir haben sechsmal mehr Stimmen geholt als unsern Wähleranteil.» Auch wenn pauschale Steuersenkungen offensichtlich keine Mehrheiten fänden, sei das Thema nicht erledigt. Wie genau die Jungpartei tiefere Steuern wieder aufs Tapet bringen will, etwa im Kantonsrat oder mit einem neuen Volksbegehren, liess Mundt offen.

Erleichtert über das Resultat waren die Mitglieder der beiden Gegenkomitees. «Ich hoffte sehr, dass es so kommen würde, aber ich habe es nicht so deutlich erwartet», sagte ÖBS-Präsidentin und Kantonsrätin Iren Eichenberger. «Ich bin sehr froh, dass die Bevölkerung eingesehen hat, dass man dort, wo es nichts mehr zu holen gibt, nicht einfach noch mehr rausquetschen

kann.» Das Volk habe ein natürliches Gespür und die Vernunft, das Mass des Möglichen zu erkennen. Nachdem der Kanton bereits ESH3 lanciert habe, sei einfach nicht noch mehr drin gelegen. Die ÖBS hofft jetzt sogar, dass der Trend in die Gegenrichtung geht, also in Richtung höhere Steuern. Davon will man beim zweiten, bürgerlichen Komitee aber nichts wissen: «Wir haben eine klare Aussage: Jetzt will das Volk keine Senkung des Steuerfusses», sagte CVP-Präsident und Kantonsrat Christian Di Ronco. «Aber wenn es wieder Spielraum gibt, dann müssen wir weitere Steuersenkungen ganz sicher anschauen.» Dies sei ja auch in den Legislaturzielen der Regierung so vorgesehen. «Unter anderem gibt es bei der Vermögenssteuer Handlungsbedarf», sagte Di Ronco.

In den kommenden Monaten dürfte der Kanton Schaffhausen noch weitere Male über die Staatsfinanzen abstimmen. Einzelne Punkte von ESH3 werden mit grosser Wahrscheinlichkeit vors Volk kommen, zudem wird die SVP diesen Frühling eine Initiative lancieren, welche das Wachstum der Ausgaben bremsen will.

«Das Resultat war keine Überraschung. Immer mehr Leute sind vom Staat abhängig. Diese haben kein Interesse, die Staatsausgaben zu bremsen»

Christian Mundt
Co-Präsident der Jungfreisinnigen Schaffhausen

Kommentar

Wie Eistee für einen Erfrierenden

ZENO GEISSELER

Die Absicht der Jungfreisinnigen war lobenswert: Ihre «Steuern runter»-Initiative sollte den kantonalen Steuersatz um zehn Prozentpunkte senken. So sollte der Kanton dazu gezwungen werden, seine Ausgaben einzuschränken, was wiederum nicht nur alle Steuerzahler erfreut, sondern auch alle jene Seelen, welche einen ständig weiter wachsenden Staat mit grosser Sorge betrachten.

Doch eine deutliche Mehrheit der Stimmberechtigten, 67,7 Prozent und alle 26 Gemeinden des Kantons, wollte von diesen Plänen nichts wissen. Ein noch deutlicheres Verdikt haben die Schaffhauser Stimmbürger gestern nur zur Abzocker-Initiative gefällt, die im Kanton mit mehr als drei Viertel Ja-Stimmen angenommen wurde.

Im Prinzip hat natürlich kaum jemand etwas gegen Steuersenkungen: Weniger Geld für den Staat bedeutet mehr Geld für mich. Aber abgesehen davon, dass ein tieferer Steuersatz für viele Stimmbürger geringere finanzielle Auswirkungen hat, als wenn ihr Mobilfunkanbieter seinen Minutenpreis senkt, sind Steuersenkungen erstens nur dann sinnvoll, wenn der Staat sie sich tatsächlich leisten kann und wenn sie, zweitens, dort ansetzen, wo die Not, sprich: die Diskrepanz zur Konkurrenz im Steuerwettbewerb, am grössten ist. Die «Steuern runter»-Initiative konnte keines dieser Kriterien erfüllen. Der Staat ist mit dem Entlastungsprogramm ESH3 schon sehr stark damit beschäftigt, seine Ausgaben einzudämmen und aus den roten Zahlen zu kommen. Da sind pauschale Steuersenkungen so willkommen wie Eistee für einen Erfrierenden. Wenn es weitere Steuersenkungen gibt, was zu hoffen ist, dann mit Vorteil dort, wo sie am notwendigsten sind, bei der Vermögenssteuer etwa oder bei den Unternehmen.

Zurücklehnen kann sich die Regierung nach gestern nicht. Gegen ESH3 regt sich breite Opposition, der Streit mit der EU über die Besteuerung der für Schaffhausen so wichtigen Spezialgesellschaften ist noch nicht erledigt, und die wirtschaftliche Situation in Europa ist überhaupt nicht rosiger. Schwarze Zahlen bis 2016 sind da trotz des Neins zu «Steuern runter» alles andere als garantiert.

Eidgenössische und kantonale Abstimmung Schaffhauser Gemeinden

	Abzocker-Initiative		Familienartikel		Raumplanungsgesetz		Initiative «Steuern runter»		Stahlgiesserei		Stimmbeteiligung %
	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	
Bargen	100	19	40	74	56	57	40	84	48	72	70,2
Beggingen	180	72	60	180	121	122	48	193	111	129	65,5
Beringen	1277	452	724	974	1006	670	535	1175	856	805	66,7
Buch	98	23	38	81	62	56	31	91	39	76	60,9
Buchberg	321	136	182	262	272	161	155	284	259	168	74,3
Büttenhardt	146	31	75	90	107	59	44	129	81	85	70,3
Dörflingen	332	126	196	254	264	181	143	326	226	217	74,5
Gächlingen	311	92	131	257	244	137	96	299	191	194	70,2
Hallau	680	235	303	597	488	406	250	652	445	429	65,0
Hemishofen	152	45	71	123	108	81	61	132	78	113	67,0
Lohn	281	78	129	214	180	166	103	252	153	192	72,8
Löhningen	499	162	254	396	389	250	159	500	339	295	72,0
Merishausen	303	108	143	259	214	175	125	284	196	210	78,2
Neuhausen	2367	643	1281	1613	1819	1079	1206	1758	1339	1539	57,2
Neunkirch	696	177	429	432	552	319	204	666	515	318	66,5
Oberhallau	152	63	55	162	116	93	59	151	76	127	66,2
Ramsen	359	134	152	324	315	164	165	319	185	280	59,8
Rüdlingen	273	125	152	240	225	165	123	263	210	161	74,1
Schaffhausen	10 418	3203	6460	6510	8631	4241	4519	8860	6255	6670	63,4
Schleitheim	553	189	232	504	368	356	207	522	315	390	62,3
Sibilingen	269	70	137	193	212	117	89	234	147	167	57,5
Stein a. Rhein	1041	397	699	718	946	468	498	927	763	601	66,2
Stetten	367	174	223	287	307	203	133	390	262	261	70,5
Thayngen	1755	544	842	1398	1299	905	675	1609	999	1307	73,7
Trasadingen	196	47	73	169	130	112	69	167	96	131	63,4
Wilchingen	611	203	277	488	503	288	204	588	404	356	69,9
Total	23 737	7548	13 358	16 799	18 934	11 031	9941	20 855	14 588	15 293	64,9